

WAHL 2011 - BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Stimmen der Parteien zum Transsexuellenrecht

Aufgelistet nach Eingang der Beantwortung. Versendet wurde ein Fragenkatalog von 10 Fragen.

Hauptfrage war:

Wird ihre Partei die gegen Menschenrecht verstossende Begutachtung im Transsexuellengesetz, die im Kern nach dem DSM, dem internationalen Manual der psychischen Störungen abläuft und immer noch davon ausgeht, transsexuelle Frauen wären „Männer mit Identitätsstörung“ und transsexuelle Männer „Frauen mit Identitätsstörung“, abschaffen, wenn sie dazu die Möglichkeit hat?

In der Antwort haben wir die wesentlichen Punkte, die sich auf diese Thematik beziehen, fett markiert und werten die Antwort anschliessend. Vergeben werden 3 Noten (von 1 bis 5, 1=sehr gut, 5=ungenügend). Noten gibt es jeweils für Geschwindigkeit der Antwort (zählt nur halb), inwiefern alle Fragen beantwortet wurden (ebenfalls halb) und die Haltung zur Kernfrage: Die Beendigung der Begutachtungspraxis.

1. SPD, 15. Februar 2011

Frage 1:

Das Bundesverfassungsgericht hat im Januar entschieden, dass ein transsexueller Mensch keine genitale Operation gemacht haben muss, um seinen Personenstand ändern zu lassen. Dennoch stärkt das Gericht im Kleingedruckten die bisherige psychiatrische Begutachtungspraxis, nachdem sich z.B. eine transsexuelle Frau zu einem "geschlechtsidentitätsgestörten Mann" erklären lassen muss, um als Frau anerkannt zu werden. Wie bewerten Sie (und ihre Partei) dieses Kuckucksei?

Wir sind grundsätzlich der Auffassung, dass **sexuelle Identitäten und ihre Verwirklichungsformen nichts zu tun haben mit pathologischen Befindlichkeiten**. Insofern wenden wir uns auch entschieden gegen pathologisierende Etikettierungen, wie sie in der Frage beispielhaft anklingen. Eine **Begutachtung** sollte nach unserem Verständnis ausschließlich vom Ziel bestimmt sein, die Reflektionsgründlichkeit und die Stabilität der Entscheidung für die gewünschte Identität individuell zu verifizieren.

Frage 2:

Seit mehreren Jahren kritisiert die Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V. die Geschlechtsideologien einer sogenannten Sexualwissenschaft in Deutschland, die Transsexualität weiterhin als widernatürlich - nämlich als Produkt einer Störung der "psychosexuellen Entwicklung" - verkauft, anstatt anzuerkennen, dass Transsexualität ein Teil der geschlechtlichen Vielfalt bedeutet. Was machen Sie (und ihre Partei) um diese Psychopathologisierung zu beenden?

Natürlich ist nach unserer Auffassung, was die Natur für uns bereithält und dazu gehören Varianten sexueller Identität, die also schon per definitionem nicht widernatürlich sein können. Die Annahme, dass diese Auffassung common sensefähig wäre, ist leider wirklichkeitsfremd. Wir haben es vielmehr in unserer Gesellschaft bei diesem Thema mit manifesten Vorbehalten zu tun und dass hier begrifflich pathologisiert wird, ist ein Reflex aus diesen Vorbehalten. Wir reden und handeln aus dem Menschenbild, das die SPD in ihrer Politik leitet, auf allen gebotenen Feldern gegen solche Vorbehalte - und es ist kein Kampf gegen Windmühlenflügel, denn die letzten 20 Jahre haben doch ziemlich viel bewegt: erst Interesse, dann Verständnis und schließlich Veränderung. Nicht, dass der Weg schon zu Ende gegangen wäre. Aber es **stimmt die Richtung und das Tempo lässt sich noch beschleunigen.**

Frage 3:

In den 70er-Jahren wurden homosexuelle Menschen ähnlich psychopathologisiert. Damals wurde so etwas wie eine "sexuelle Orientierungsstörung" behauptet, hinter der sich nichts weiter verbarg, als ein stereotypes Geschlechterbild von Menschen, die behaupteten, es wäre gegen die Biologie homosexuell zu sein. Heute befinden wir uns bei Transsexualität immer noch an einem ähnlichen Punkt wie Homosexualität in den 70er-Jahren. Hier wird z.B. behauptet, ein transsexueller Junge wäre ein "biologisches Mädchen, das wie ein Junge fühlt" oder ein transsexuelles Mädchen, "ein Junge, der wie ein Mädchen fühlt". Wie setzen Sie sich dafür ein, diese Ideologie zu beenden und dass transsexuelle Mädchen als Mädchen und transsexuelle Jungs als Jungs anerkannt werden?

Transsexualität ist kein negatives Persönlichkeitsmerkmal, das zur Differenzierung oder gar zur Diskriminierung herangezogen werden darf. Transsexualität ist Normalität in der Bandbreite, die uns Menschen zur Verfügung steht, und so normal im Sinne von Alltäglich muss der Umgang mit ihr werden. **Dazu gehört, dass auf Zwangskategorisierungen verzichtet wird**, die ja nicht das Individuum in seiner wahren Identität im Auge haben, sondern eine Sortierungsnotwendigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es eine ‚amtliche‘ Bezeichnung gibt, die frei von semantischer Ausgrenzung ist.

Frage 4:

Wie bewusst ist Ihnen (und ihrer Partei), dass es in Wirklichkeit keine Geschlechtsumwandlungen gibt, da Geschlecht nicht auf die Genitalien reduziert werden kann und ein transsexueller Mensch nur als der Mensch anerkannt werden will, der er sowieso bereits ist (und dies den Grund dafür darstellt, warum er körperliche Veränderungen überhaupt erst anstrebt)? Wie bewerten Sie den Einfluss der Deutschen Sexologie (mit ihren „Zentren“ in Hamburg, Berlin und

Frankfurt auf die Psychopathologisierung transsexueller Menschen, die bis heute diese Anerkennung verhindert, in dem sie transsexuelle Menschen für „identitätsgestört“ erachtet?

Wir wollen uns als Politikerinnen und Politiker nicht zu Richtern machen über richtige oder falsche Wissenschaft. Insofern möchten wir darauf verzichten, die Exponenten der deutschen Sexualwissenschaft zu zensieren, auch wenn wir wissen, dass die Rechtsprechung, die Administration, auch die öffentliche Meinung sich in solchen Zusammenhängen gern (und aus naheliegenden Gründen) auf die Expertise bekannter Institute und ProfessorInnen stützen. Andererseits ist auch diese Disziplin und die in ihr und für sie handelnden Menschen nicht statisch, sondern sie ist ein Kind ihrer Zeit. Insofern setzen wir darauf, dass sich pluralistischere Sichtweisen als die in der Frage beschriebenen durchsetzen und diesen Prozess werden wir gerne unterstützen, soweit es die Politik gegenüber autonom handelnden Universitäten vermag.

Frage 5:

Menschenrechtsorganisationen wie die Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V. fordern eine umgehende und sofortige Beendigung der psychiatrischen Zwangs-Begutachtungspraxis des Transsexuellengesetzes und eine Möglichkeit, dass ein transsexueller Mensch auf Antrag (und ohne Gerichtsverfahren) seine Papiere auf sein eigentliches Geschlecht abändern lassen kann. Was werden Sie (und ihre Partei) tun, um diese wichtige Forderung zu unterstützen?

Das Transsexuellengesetz ist fast 30 Jahre alt und entspricht weder dem Stand der Wissenschaft noch der gesellschaftlichen Realität. **Wir unterstützen eine Reform dieser Regelungen, insbesondere auch mit Blick auf einen Verzicht auf die verfassungsrechtlich fragwürdige Überprüfung der Geschlechtsidentität im Rahmen der Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit und eine deutliche Vereinfachung bei der Änderung von Vornamen.**

Frage 6:

Transsexualität ist keine "Geschlechtsidentitätsstörung". Wie werden Sie die Forderungen der NGOs unterstützen, dass der Diagnoseschlüssel im ICD (WHO) in einen anderen (neutralen) Bereich verschoben wird und Transsexualität als „Geschlechtsidentitätsstörung“ zudem aus dem DSM (APA) verschwindet?

Siehe unsere Antworten auf die Fragen 1 und 2: diese Forderungen sind eine instrumentell-administrative Konsequenz unserer grundsätzlichen Haltung und werden von uns unterstützt.

Frage 7:

Es ist bekannt, dass es bei den Kostenübernahmen der medizinischen Maßnahmen immer wieder zu Problemen kommt. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass transsexuelle Menschen alle medizinischen Leistungen erhalten, die sie benötigen - eingeschlossen chirurgischer Maßnahmen wie FFS und genitaler Operation, die eine Anpassung des Körpers an das eigentliche Geschlecht ermöglichen?

Die Verweigerung der Kostenübernahme bei geschlechtsbezogenen Anpassungsoperationen hat, wenn sich der Blick hinter die Rhetorik der Ablehnungsbescheide wendet, immer noch die tradierte und diskriminierende Einstellung zugrunde, hier gehe es um die Finanzierung einer individuellen Extravaganz aus Mitteln der Solidargemeinschaft. Wir möchten die Kostenübernahmerichtlinien so gestalten, dass sie in solchen Fällen keinen Ermessensspielraum einräumen, sondern im Falle einer **eindeutigen ärztlichen Beurteilung klipp und klar einen Anspruch auf Erstattung** geben.

Frage 8:

In diesem Jahr hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes einen Menschenrechtsbericht veröffentlicht, in welchem Transsexualität als Wunsch verkauft wird, anstatt als Realität. Was werden Sie (und Ihre Partei) tun, um klarzustellen, dass transsexuelle Menschen in Wirklichkeit nicht diskriminiert werden, weil sie sich etwas "wünschen", sondern weil sie das sind, was sie sind: Menschen, die mit einer Geschlechtsabweichung "ausgestattet" sind. Ist Ihnen bewusst, dass die Unterstellung, ein transsexueller Mensch würde sich sein "Geschlecht wünschen" , der Kern der eigentlichen Transphobie ist?

Die Kategorie „Wunsch“ impliziert eine Wahlmöglichkeit, nämlich die Wahl zwischen einem status quo und einem als besser empfundenen status quo plus. Und von der Wahlmöglichkeit aus ist es dann nicht weit zum Vorwurf der Leichtfertigkeit im Umgang mit der eigenen sexuellen Identität. **Diese einfache Gedankenführung verbietet es (eigentlich), Transsexualität als Wunsch zu bezeichnen und nicht als Sein.** Vor diesem Hintergrund teilen wir Ihre Auffassung, dass solche falschen Grundannahmen geeignet sind, diskriminierende Affekte bis hin zur Transphobie zu begründen.

Frage 9:

In den letzten Monaten gab es einige Medienberichte, in denen weiterhin Märchen von "Geschlechtsumwandlungen" und "Geschlechtsidentitätsstörungen" erzählt wurden. Transsexuelle Menschen werden in Deutschland immer noch als "Männer, die mal Frauen waren/sind" oder "Frauen, die mal Männer waren/sind" verkauft. Wie bewerten sie die Aufgabe der Medienräte und Rundfunkräte, die ja eigentlich eine Aufsichtsfunktion innehaben? Ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass auch hier transsexuelle Menschen besser vertreten sind?

Es ist, ganz praktisch gedacht, eine schöne, aber irreal Vision, dass sich alle oder auch nur die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und/oder Problemlagen in den Aufsichtsgremien der Sender abbilden und entsprechenden Einfluss nehmen können. Wir sollten also nicht darauf setzen, transsexuelle Menschen als ‚gesetzte‘ Mitglieder in solche Gremien zu bringen; sie würden in solchen hoch professionalisierten Umfeldern möglicherweise noch nicht einmal so wirksam werden können, wie wir uns dies um der Sache willen wünschten. Wir sollten vielmehr darauf setzen, die Medien- und Rundfunkräte, welcher politischen Couleur sie auch immer sein mögen, für diese Thematik nachhaltig zu interessieren. Ob sie dieses Thema tatsächlich aufgreifen, sollte aufmerksam beobachtet und ggf. zu einem Kriterium ihrer Wieder-Nominierung werden.

Frage 10:

Angenommen Ihre Partei wird bei den nächsten Wahlen einen stärkeren Einfluss auf die Politik in Deutschland haben. Was werden Sie zuerst machen, um die Situation transsexueller Menschen zu verbessern? Was kann auch ein NichtBundespolitiker vor Ort konkret umsetzen?

Unsere Überlegung ist, ein mittelfristig angelegtes Handlungskonzept Transsexualität zu entwickeln nach einem „Großen Ratschlag Transsexualität“, zu dem wir Europa- und Bundespolitiker, WissenschaftlerInnen, Transsexuelle und ihre Verbände einladen würden. Wir sehen darin eine Möglichkeit, das Thema nicht nur punktuell, sondern abgestimmt und verbindlich und mit einer Verlässlichkeitsperspektive anzugehen

Wertung der Haltung der SPD Baden-Württemberg:

Positiv fällt als erstes auf, wie ausführlich die SPD in Baden-Württemberg auf die konkreten (und teilweise nicht ganz einfach zu beantwortenden Fragen) geantwortet hat. Zwar spricht sich die SPD in Baden-Württemberg nicht eindeutig gegen eine Abschaffung einer „Begutachtung“ (im Rahmen der Anerkennung nach TSG) aus, macht aber deutlich, dass sie sich gegen eine weitere Psychopathologisierung einsetzen will. Ebenso positiv fällt auf, dass sie Transsexualität eindeutig nicht als „Wunsch“ bezeichnet, sondern als „Sein“, ein Sein, das auch der medizinischen Behandlung bedarf - laut SPD etwas, was einen klipp und klaren Anspruch auf medizinische Massnahmen ergibt. Unser Anliegen wurde deutlich, und die Antworten sind keine „Standard“-Antworten.

Wir lesen daraus: Die SPD in Baden-Württemberg sagt zwar nicht, dass sie die TSG-Begutachtungen abschaffen will, ist aber stark dafür, transsexuelle Menschen nicht weiterhin als „identitätsgestört“ zu erachten, sondern als Menschen, die wegen ihres So-Seins (und nicht wegen „Wünschen“) medizinische Leistungen benötigen.

Unsere Punktzahl:

Note 1 für das schnelle Antworten, Note 1 für den Umfang der Antworten (die Problemlage wurde erkannt) und Note 3 für die deutliche Absage an die Psychopathologisierung unter Berücksichtigung von Abzügen, weil unklar ist, ob die Abschaffung der TSG-Begutachtung auf den Amtsgerichten auch von der SPD unterstützt werden wird.

Macht zusammen: **NOTE 2**

2. FDP, 23. Februar 2011

Fragen 1-10 nicht beantwortet. Die Antwort:

Vielen Dank für Ihre Anfrage. Die FDP zeigt Offenheit und ist entschlossen, für Ihr Anliegen zu handeln. Dies lege ich Ihnen gerne weiter unten stehend dar.

So sehr ich das Interesse an uns zu schätzen weiß, muss ich Sie doch darauf hinweisen, dass der Fragebogen, den Sie uns geschickt haben, ausschließlich **bundespolitische Sachverhalte** betrifft. Am 27. März 2011 wird allerdings in Baden-Württemberg der Landtag gewählt und ich halte es, offen gesagt, für nicht aufrichtig, wenn wir bei den Wählerinnen und Wählern so tun, als stünden bundespolitische Sachverhalte zur Abstimmung.

Daher sende ich Ihnen gerne einige grundsätzliche Aussagen:

Zunächst ist anzumerken, dass auf Drängen der FDP hin im Koalitionsvertrag als Grundlage der Arbeit der Regierung im Bund auf S. 108 ein Passus zur Reform des Transsexuellenrechts aufgenommen wurde:

<http://www.fdp-bundespartei.de/files/363/koalitionsvertrag.pdf>

Diese Reform ist gerade in Arbeit. Daher können viele Ihrer Fragen momentan nicht aktuell beantwortet werden.

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 28. Januar dieses Jahres hat sich der FDP-Bundestagsabgeordnete Michael Kauch wie folgt geäußert:

KAUCH: Transsexuellen-Entscheidung gibt Rückenwind

„Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass Transsexuellen auch ohne **Geschlechtsumwandlung** die eingetragene Lebenspartnerschaft offen steht, wenn **ein biologischer Mann sich mit einer Frau verpartnern will**, erklärt der FDP-Bundestagsabgeordnete MICHAEL KAUCH:

Die FDP begrüßt die Entscheidung des Verfassungsgerichtes. Sie stärkt die Selbstbestimmung von Transsexuellen. Die FDP hatte bereits im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass das Transsexuellengesetz in dieser Wahlperiode überarbeitet wird. Die Entscheidung gibt uns Rückenwind für eine mutige Reform.“

Wertung der Haltung der FDP Baden-Württemberg:

Die FDP in Baden-Württemberg vertritt keine Haltung zu transsexuellen Menschen und verweist auf die Bundespolitik. Da ATME Politiker in erster Linie als politische Bürger erachtet, die eine Haltung zu den gesellschaftlichen Themen beziehen und erst in zweiter Linie als Amtsträger, können wir nicht nachvollziehen, warum die FDP zu transsexuellen Menschen in Baden-Württemberg keine Meinung hat.

Auch der Verweis auf die Aussagen des Bundestagsabgeordneten Michael Kauch macht die Sache nicht besser. Dass Michael Kauch eine transsexuelle Frau als „biologischen Mann“ bezeichnet, zeigt, dass die FDP das Thema nicht verstanden hat. Dass die FDP Baden-Württemberg auf diesen (ihren eigenen) Unverstand auch noch hinweist, ist für transsexuelle Menschen sehr enttäuschend.

Unsere Punktzahl:

Note 2 für das Antworten, Note 5 für den Umfang der Antworten (die Problemlage wurde erkannt) und Note 5 dafür, dass die FDP immer noch von „Geschlechtsumwandlungen“ und „biologischen Männern“ spricht, und damit die Sichtweise einer psychopathologisierenden Sexualwissenschaft vertritt.

Macht zusammen: **NOTE 4-**

3. Bündnis 90 / Die Grünen, 03. März 2011

Frage 1:

Für uns GRÜNE ist eine **radikale Reform des Transsexuellenrechts längst überfällig**. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird. Die Entscheidung des BVerfG ist aus unserer Sicht zu begrüßen. Allerdings **lehnen wir die Beibehaltung der psychiatrischen Begutachtungspraxis vehement ab**. Denn die Transsexualität kann nicht diagnostiziert werden. Lediglich der Antragsteller selbst kann letztlich über seine geschlechtliche Identität Auskunft geben. Bereits im Sommer letzten Jahres hat die grüne Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zum Transsexuellenrecht über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit (ÄVFGG) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Damit sollen die Grundrechte Transsexueller in vollem Umfang verwirklicht werden, indem die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird, anstatt transsexuelle Menschen in vorgegebene Raster zu pressen und ihnen das Leben damit zu erschweren.

Frage 2:

Die Grünen sind seit Bestehen diejenige Partei, die sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern einsetzt. **Wir wollen ein neues Baden-Württemberg, in dem die Unterschiedlichkeit der Menschen sowie ihre Selbstbestimmung und Würde respektiert werden**. Wie auch beim Thema Homosexualität ist es ein langer Weg hin zu Akzeptanz und Respekt. Um Respekt gegenüber **homo- und transsexuellen Lebensweisen** zu fördern und dies auch sichtbar zum Ausdruck zu bringen, muss dieses Thema vorurteilsfrei und gleichberechtigt in allen Lebensbereichen

verankert werden: **in Kindergärten, Schulen, in Sport- und anderen Vereinen, bei der Ausbildung, in Betrieben sowie in der breiten Öffentlichkeit und selbstverständlich auch in den Medien.** Hier müssen dann aber auch Menschen bereit sein, zu ihrer transsexuellen Identität zu stehen - denn Vorurteile werden u.E. am besten abgebaut, wenn Menschen transsexuelle Menschen sehen und „kennen lernen“ können. Deshalb werden wir uns für eine weitere Verankerung der Prinzipien der Charta der Vielfalt einsetzen. Ziel muss die Schaffung eines Arbeitsumfeldes sein, das frei von Vorurteilen und Abgrenzung ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass **in der Landesverwaltung aktive Diversity-Politik** betrieben und umgesetzt wird. Zudem brauchen Lesben, Schwule und Transgender, ebenso wie bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen, endlich vollen Grundrechtsschutz. Wir fordern bereits seit Jahren, dass Artikel 3 des Grundgesetzes ergänzt wird und zukünftig klarstellt: Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden.

Frage 3:

Trans*-und Intersexuelle sind in Deutschland menschenrechtswidrigen Praktiken ausgesetzt. Eine radikale Reform des Transsexuellenrechts ist überfällig. Wir wollen bürokratische Hürden für die Vornamensänderung und Geschlechtsanpassung abbauen. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird. Etwa 150 Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren, die keinem Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können. Auf sie wartet meist eine lange Serie von chirurgischen und hormonellen Eingriffen. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben.

Frage 4:

Wie Sie unseren vorherigen Aussagen und auch unseren Pressemitteilungen, Gesetzentwürfen und andern Initiativen entnehmen können, sind die Grünen wohl die einzige Partei, die sich mit dem Thema und der Problematik von Transsexualität offen auseinandersetzt. **Für uns ist, klar: Transsexualität kann nicht diagnostiziert werden, lediglich der Antragsteller selbst kann letztlich über seine geschlechtliche Identität Auskunft geben.**

Frage 5:

Wir halten wie oben bereits ausgeführt eine radikale Reform des Transsexuellenrechts für überfällig. Unsere im letzten Jahr als Gesetzentwurf in den Bundestag eingebrachten Forderungen zur Novellierung des Transsexuellengesetz (TSG) sind:

-das Verfahren für die Änderung der Vornamen soll deutlich vereinfacht werden und nur vom Geschlechtsempfinden des Antragstellers abhängig sein. Es wird nunmehr auf die bisher geforderte mindestens dreijährige Dauer des Zwangs des Zugehörigkeitsempfindens zum anderen Geschlecht sowie auf den irreversiblen Charakter dieses Empfindens verzichtet. Denn die Transsexualität kann nicht diagnostiziert werden, lediglich der Antragsteller selbst kann letztlich über seine geschlechtliche Identität Auskunft geben.

-das Verfahren zur Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit soll vereinfacht und beschleunigt werden. Es wird auf die verfassungsrechtlich unhaltbare Voraussetzung einer dauernden Fortpflanzungsunfähigkeit verzichtet. Ebenso wird die Personenstandsänderung nicht mehr von der deutlichen operativen Annäherung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts abhängig gemacht. Diese Kategorie ist nicht zeitgemäß und lässt sich in einer individualistischen Gesellschaft mit pluralistischen Lebensformen nicht definieren. Damit ist **das subjektive Geschlechtsempfinden der Antragstellerin oder des Antragstellers einzige Bedingung für eine Personenstandsänderung.**

-Verzicht auf die Anrufung eines Gerichts: Der **Antrag ist bei den Standesämtern zu stellen**, so dass die Vornamens- und Personenstandsänderung im Rahmen eines Verwaltungsaktes erfolgen soll;

-Reform des Offenbarungsverbot - also des Verbotes, die neue geschlechtliche Identität zu ignorieren oder auf die alte Identität abzustellen. Das bisherige Offenbarungsverbot hat sich als zahnlos erwiesen: Immer wieder haben Behörden und Unternehmen sich geweigert, Unterlagen oder Zeugnisse neu zu erstellen. Für die Betroffenen folgt deswegen nach dem Kampf um die neue Identität häufig ein Krieg um die Anerkennung der neuen Realität durch die Umwelt. **Wir wollen, dass nun bei einer vorsätzlichen und beharrlichen Verweigerungshaltung eine strafbewehrte Ordnungswidrigkeit vorliegt;**

-eine bestehende eingetragene Lebenspartnerschaft soll in eine Ehe überführt werden können und umgekehrt.

(* Der Begriff "Trans*" entspricht dem inzwischen von Transgruppen und -verbänden getragenen Kompromiss, alle strittige Begriffe wie transsexuell, transgender, transidentisch, transgenial usw. in einem Wort zu fassen.)

Frage 6:

Mit einer entsprechenden Änderung im Transsexuellenrecht und einer damit verbundenen Veränderungen und v.a. Verbesserungen für **Transsexuelle** wird sich auch u.E. die entsprechende **Diagnostik und Klassifizierung verändern müssen.**

Frage 7:

Wenn die entsprechenden Voraussetzungen etc. vorliegen, werden wir uns dafür einsetzen, dass transsexuelle **Menschen alle medizinischen Leistungen erhalten, die sie benötigen.**

Frage 8:

Absolut, aus unseren bisherigen Ausführungen geht dies deutlich hervor.

Frage 9:

Auf jeden Fall sollte es hinsichtlich der Begrifflichkeit eine breite Aufklärung und Sensibilisierung geben. Manche Aussagen werden nicht diskriminierend geäußert, sondern aus Unwissenheit und Oberflächlichkeit. Deshalb ist es wichtig, gerade

solche sprachlichen „Entgleisungen“ anzusprechen und aufzuklären. Eine entsprechende Aufklärung und Bewusstseinsbildung kann allerdings nicht nur Aufgabe der Politik sein. Hier sehen wir die entsprechenden Verbände und Organisationen, die diese Menschen vertreten, ebenfalls in der Pflicht.

Frage 10:

Wir GRÜNEN werden uns für die gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern einsetzen. Wir wollen ein neues Baden-Württemberg, in dem die Unterschiedlichkeit der Menschen sowie ihre Selbstbestimmung und Würde respektiert werden. Ähnlich dem Vorbild von Berlin wollen wir einen Aktionsplan gegen Homophobie erarbeiten und umsetzen, der dann auch das Thema von Transsexuellen mit einschließt.

Wertung der Grünen Baden-Württemberg:

Alle Fragen wurden beantwortet. Die Grünen in Baden-Württemberg verweisen darauf, dass auch die Landespolitik eine aktive Diversity-Politik betreiben kann. So wird die Sensibilisierung mit und die Verankerung des Themas in verschiedenen Bereichen angesprochen: Schulen, Kindergärten, Vereinen, bei der Ausbildung, in Betrieben und in den Medien. Zudem bewerten wir den Willen zur Veränderung hinsichtlich der bisherigen Menschenrecht verletzenden Regelungen im Transsexuellengesetz als sehr positiv. Es wird nicht bloss auf „die Bundespolitik“ verwiesen, sondern die Fragen wurden deutlich beantwortet. Die Grünen sprechen sich klar für eine Abschaffung der bisherigen psychiatrischen Zwangsbegutachtungen aus und plädieren dafür, dass die Papiere auf den Standesämtern geändert werden können. Ausserdem weisen sie darauf hin, dass sich nach Änderung des TSG auch die Diagnosen in ICD/DSM ändern müssen und wollen sich dafür einsetzen, dass transsexuelle Menschen die medizinischen Leistungen erhalten, die sie benötigen.

Unsere Punktzahl:

Note 3 für die Antwortzeit, Note 1 für den Umfang der Antworten (die Problemlage wurde erkannt und deutlich gezeigt, dass auch im Land „transsexuellenfreundliche“ Politik betrieben werden kann) und Note 1 dafür, dass die Grünen hier konkrete Aussagen dazu treffen, wie sie die Situation transsexueller Menschen verbessern wollen. Dass für die Grünen dazu die Abschaffung der Zwangsbegutachtungspraxis im Rahmen der Anerkennungsverfahren (TSG, Änderung des Geschlechtseintrages) dazugehört, bekommt einen dicken Pluspunkt.

Macht zusammen: **NOTE 1-2**

4. Die LINKE, 16. März 2011

Frage 1:

DIE LINKE in Baden-Württemberg setzt sich für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ein. Von unserer Seite aus gibt es keine Vorgaben dafür, wie Menschen **ihre eigene sexuelle Identität leben wollen**, solange alles auf Freiwilligkeit beruht. **Den Begriff "geschlechtsidentitätsgestörter Mann" lehnen wir ab.** Wir treten für einen gegenüber den Vorgaben der Europäischen Union verbesserten Schutz vor Diskriminierung ein. Insbesondere wollen wir den Einschluss der Transgender, indem in den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen der Begriff der "sexuellen Orientierung" durch den der "sexuellen Identität" ersetzt wird.

Frage 2:

Wir der Meinung, dass die dualistische Geschlechtszuschreibung "männlich" und "weiblich" in staatlichen Dokumenten und bei Behörden überflüssig ist. Diese Überwindung des staatlich vorgegebenen Geschlechterdualismus ist unserer Meinung nach ein entscheidender Schritt, auch in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte voranzukommen.

Frage 3:

Wir der Meinung, dass die dualistische Geschlechtszuschreibung "männlich" und "weiblich" in staatlichen Dokumenten und bei Behörden überflüssig sind. Diese Überwindung des staatlich vorgegebenen Geschlechterdualismus ist unserer Meinung nach ein entscheidender Schritt, auch in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte voranzukommen. In unserem Wahlprogramm heißt es dazu: "DIE LINKE fordert, Initiativen und Projekte im gesamten Spektrum des 'queeren', von der heterosexuellen Norm abweichenden Lebens zu fördern"

Frage 4:

Da wir davon ausgehen, dass die sexuelle Identität der eigenen Selbstbestimmung entspringt, **fragen wir nicht nach dem Geschlechtsteil.** Wir sind uns aber bewusst, dass insbesondere Frauen unter besonderer Benachteiligung zu leiden haben und versuchen deshalb, zum Beispiel durch eine 50%ige Frauenquote in allen Gremien der Partei dieser Benachteiligung zu begegnen. Transsexuellen Menschen machen wir da keine Vorgaben, wie sie sich selbst sehen **wollen.**

Frage 5:

Wir unterstützen diese Forderung. Da wir aber noch nicht in den Landtag eingezogen sind, haben wir noch keinen Antrag dazu geschrieben. Wir haben aber eine **offen transsexuelle Kandidatin auf unsere Landtagsliste aufgestellt**, gerade weil wir der Meinung sind, dass die Thematik in der politischen Öffentlichkeit unterbelichtet ist.

Frage 6:

Eine Beschlusslage innerhalb der LINKEN zu diesen speziellen Fragen ist derzeit leider noch nicht vorhanden. Gerade bei Fragen der konkreten Umsetzung auf internationaler Ebene sind wir natürlich auch auf die Hilfe von NGOs angewiesen, die sich mit der Thematik im Allgemeinen länger und intensiver als Parteien beschäftigt haben.

Frage 7:

Auch hier werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten für konkrete parlamentarische Initiativen auf die **Zusammenarbeit mit NGOs und queeren/transgender - Interessensgruppen** angewiesen sein. Auf Bundesebene haben wir vor einem Jahr dazu auch einen ersten "Queerempfang" der Bundestagsfraktion abgehalten. (siehe: (<http://www.linksfraktion.de/nachrichten/erster-queer-empfang-war-voller-erfolg/>))

Frage 8:

Durchaus.

Frage 9:

Wir sind der Meinung, dass in Medien- und Rundfunkräten der starken Überbesetzung durch die Kirchen durchaus mit Sitzen für andere NGOs zu begegnen ist. Wie diese im Speziellen aufgeteilt werden, wurde noch nicht beschlossen.

Frage 10:

Als allererstes werden wir den derzeitigen Ministerpräsidenten Stefan Mappus von der CDU abwählen, die mit ihrem konservativen Familienbild queere- und transgender-Identitäten zu Unnormalität und damit auch zu Krankheiten erklärt.

Wertung der Linken in Baden-Württemberg:

Die Linke in Baden-Württemberg versteht Transgender als etwas, das mit dem so „leben wollen“ zu tun hat. ATME dagegen hält Transsexualität für eine natürliche geschlechtliche Variation. Die Genitalien eines Menschen hält die Linke in Baden-Württemberg für das „Geschlechtsteil“ und das impliziert, dass die Linke in Baden-Württemberg nicht davon ausgeht, dass transsexuelle Menschen in der Realität existieren, sondern es sich um einen Wunsch handelt, eine bestimmte Lebensweise anzustreben. Da die Linke in Baden-Württemberg zudem keine konkrete Aussage darüber trifft, wie sie denn nun zu den menschenverachtenden Gutachterverfahren im TSG steht (Frauen werden z.B. dazu gezwungen sich als psychisch kranker Mann ausgeben zu müssen, um als Frau anerkannt zu werden), werten wir die Antworten der Linken als zu schwammig, ungenau und (auf Grund von Begriffen wie „Geschlechtsteil“ wenn es um die Genitalien geht) als verbesserungswürdig.

Unsere Punktzahl:

Note 4 für die Antwortzeit, Note 3 für den Umfang der Antworten und Note 3-4 dafür, dass die Linken zwar deutlich zeigen, dass sie den Kontakt zu Nichtregierungsorganisationen suchen, aber gleichzeitig die Genitalien eines Menschen als „Geschlechtsteil“ erachten.

Macht zusammen: **NOTE 3-4**